## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Erhard (Bad Schwalbach), Frau Pitz-Savelsberg, Picard und Genossen

betr. steuerliche Behandlung der Aufwendungen für Aussteuer und für Wohnungseinrichtung jungvermählter Eheleute

Wir fragen die Bundesregierung:

- 1. Teilt die Bundesregierung die vom Bundesfinanzhof (BFH) im Urteil VI 23/65 S vertretene Ansicht, daß die steuerliche Behandlung der Aufwendungen für die Wohnungseinrichtung bei jungvermählten Eheleuten nicht befriedigt, wenn diese sich ihre Wohnungseinrichtung selbst anschaffen müssen?
- 2. Hat der BFH in einem schwebenden, die Aussteuer betreffenden Rechtsstreit den Bundesminister der Finanzen zum Beitritt zum Verfahren gemäß § 287 AO aufgefordert und dabei die Einführung eines allgemeinen festen Freibetrages für die Beschaffung der Wohnungsausstattung von Jungvermählten angeregt?
- 3. Wird der Bundesfinanzminister dem Verfahren beitreten, und wie beurteilt die Regierung die Anregung des BFH?
- 4. Muß angenommen werden, daß steuerliche Erleichterungen für Aufwendungen für Aussteuer künftig wegfallen, wenn eine Regelung im Sinne der Anregung des BFH unterbleibt?
- 5. Hält die Bundesregierung die derzeitige Regelung der steuerlichen Behandlung der Aufwendungen für Aussteuer bzw. für die Wohnungseinrichtung jungvermählter Eheleute, die sich diese selbst anschaffen müssen, für vereinbar mit Artikel 6 Abs. 1 GG?

Bonn, den 19. April 1966

Erhard (Bad Schwalbach) Frau Pitz-Savelsberg

Picard Baier Biechele Budde Dr. Czaja Häussler Dr. Hauser (Sasbach)

Müser
Dr. Pohle
Dr. Preiß
Rommerskirchen
Dr. Wahl
Winkelheide
Dr. Wuermeling